



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 5. JULI 2023

Polen und Ungarn sagen Nein zum neuen EU-Migrationspakt

Auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates am 29./30. Juni kamen die EU-Führungsspitzen in Brüssel zusammen, um die gemeinsame Position zu Sicherheit und Verteidigung, insbesondere zum Krieg in der Ukraine, sowie die externe Dimension der Migrationspolitik zu diskutieren.

Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates, hob hervor, dass die Bemühungen der EU im Bereich der Migration in den letzten Monaten eine Reihe von Fortschritten gemacht hätten, auch wenn die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sich nicht auf eine abschließende Erklärung zur Migration geeinigt hätten. Das vorläufige Scheitern der Verabschiedung eines endgültigen Migrationsdokuments führte Michel auf die Haltung Polens und Ungarns zurück.

Diese hatten den Vorschlag für ein neues EU-Paket zu Migration und Asyl und die Verabschiedung der Abschlusserklärung mit einer qualifizierten Mehrheit nicht unterstützen wollen und auf eine gemeinsame Konsenslösung gepocht. Ungarn (wie auf Polen) lehne des Weiteren den Vorschlag der Kommission für einen neuen Migrations- und Asylpakt ab und halte es für inakzeptabel, dass die Bestimmungen die Mitgliedstaaten dazu zwingen würden, Tausende oder sogar Zehntausende von Migranten unter sich aufzuteilen, erklärte Balázs Orbán, der politische Direktor des ungarischen Ministerpräsidenten, in Brüssel. Der Pakt sieht bisher einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus mit einer Wahlmöglichkeit zwischen der Verteilung und Aufnahme von Flüchtlingen unter den Mitgliedsstaaten oder ausgleichender finanzieller Kompensation, im Falle, dass ein Staat nicht zur Verteilung gewillt oder fähig wäre, vor.

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni gab ein positives Fazit des Gipfels. Polen und Ungarn hätten darauf bestanden, dass die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten zu einer einstimmigen Beschlussfassung übergehen sollten, die den verpflichtenden Solidaritätsmechanismus zwischen den Mitgliedsstaaten nicht beinhalte. Beide Länder hätten hingegen keine Einwände gegen die Elemente des Paktes, die sich auf die externe Dimension der Migration bezögen, was auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Partnerländern zur Reduzierung der Migrantenströme impliziere.

„Der Migrationspakt steht“, betonte auch der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte, beim Verlassen des Gipfels, „heute ging es nicht um den Migrationspakt, es ging darum, dass Ungarn und Polen die Art und Weise, wie der Migrationspakt beschlossen wurde, nicht gefällt.“ Ein Konsens in allen migrationsrelevanten Fragen ist laut EU-Regeln zwar nicht vorgesehen, Polen und Ungarn berufen sich allerdings auf einen Beschluss des Europäischen Rates vom Dezember 2016, Juni 2018 und Juni 2019, laut dem der neue Pakt zu Migration und Asyl im Konsens angenommen werden müsse und die Umsiedelung und Neuansiedelung im Rahmen von Solidaritätsmaßnahmen auf freiwilliger Basis erfolgen solle.

Europaparlament stimmt für Vorgehen des Rates gegen den ungarischen Ratsvorsitz

Wie im vergangenen Monatsbrief ausführlich berichtet, stimmte das EU-Parlament am 1. Juni in einer Resolution für die Verhinderung der anstehenden ungarischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2024 aufgrund der bestehenden Vorwürfe im Bereich Rechtsstaatlichkeit. Die Bedenken gegenüber der ungarischen Präsidentschaft wurden in Stellungnahmen von Deutschland und den Niederlanden bekräftigt. Eine Lösung des Konfliktes erscheint umso dringender, als im Anschluss an Ungarn auch Polen den europäischen Ratsvorsitz übernehmen wird, mit welchem die EU ähnliche Konflikte ausficht.

Die offizielle Antwort des ungarischen Justizministeriums unter Judit Varga folgte in der kommenden Woche, in welcher es heißt, Ungarn werde in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 die EU-Ratspräsidentschaft innehaben, wie es der Rat der Europäischen Union schon vor Jahren beschlossen habe. Diesbezüglich sei kein gegenteiliges Signal vom Rat eingegangen, so das Justizministerium auf eine Anfrage. Das Ministerium bereite sich demnach aktiv und intensiv darauf vor, dass Ungarn Mitte 2024 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernehmen werde. Am 7. und 8. Juni trafen sich die beiden Generaldirektoren des Ratssekretariats, Didier Seeuws und Agnieszka Bartol, in Budapest, und die Vorbereitungen für die ungarische Präsidentschaft begannen offiziell. Die Hauptprioritäten des nächsten ungarischen Ratsvorsitzes, der in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 ansteht, sollen die Zukunft der Demografie, der Wettbewerbsfähigkeit und der Kohäsionspolitik sein.

Es sei „einzigartig in der Geschichte der Europäischen Union, dass 2011 und 2024, also mehr als 12 Jahre später, dieselbe Regierungsmehrheit die Präsidentschaft innehat“. Ungarn befinde sich in einer Ausnahmesituation, die sich in Bezug auf Stabilität und Kontinuität der Regierung und des politischen Lebens als besonders günstig erweise. Weiter heißt es, dass die Personen, die die Regierung vertreten würden, in vielen Fällen dieselben seien, die auch die Aufgaben der letzten Präsidentschaft wahrgenommen hätten. Erklärtes Ziel des Ratsvorsitzes sei es, zu zeigen, dass die ungarische Regierung in der Lage sei, die sechs Monate zur Zufriedenheit aller zu Ende zu bringen.

Eine Rechtsgrundlage des Europäischen Parlaments bzw. der anderen EU-Institutionen, eine Ratspräsidentschaft zu entziehen, besteht nicht, da die rotierende Präsidentschaft im Gründungsvertrag der EU selbst festgelegt ist. Es wäre also prinzipiell eine Vertragsänderung nötig, die jedoch wiederum einen Konsens im Europäischen Rat benötigt, der ohne Ungarns Zustimmung nicht zusammenkommen kann. Da der derzeitige Vertrag den Vorsitz mindestens alle dreizehneinhalb Jahre vorschreibt, könnte die EU bestenfalls eine Verschiebung der ungarischen Reihenfolge bis spätestens 2030 durchsetzen. Diese scheint in der Praxis jedoch mehr als fragwürdig, da eine Verschiebung Ungarns sowie konsequenterweise des nachfolgenden Polens, den nächsten Ländern in der Reihe keinen realistischen Zeitraum mehr lassen würde, sich adäquat auf ihre Aufgabe vorzubereiten. So bliebe den EU-Institutionen lediglich übrig, die ungarische Ratspräsidentschaft schlichtweg zu boykottieren. Die Europäische Union und ihr institutionelles System könnten also in der zweiten Jahreshälfte 2024 völlig gelähmt sein.

Ende des Preisstopps ab August

Wie auf der Regierungspressekonferenz Ende Juni bekanntgegeben, wird ab 1. August der Preisstopp für Lebensmittel aufgehoben und durch eine obligatorische Werbeaktion für diese Produkte ersetzt. Weiterhin werden Frauen über 30 vom Babydarlehen ausgeschlossen, und im nächsten Jahr wird im Rahmen der Eigenheimförderung für Familien (CSOK) nur noch das sog. Dorf-CSOK mit erhöhten Beträgen in ländlichen strukturschwachen Regionen beibehalten.

Der Preisstopp wird auslaufen, da er laut Ministerpräsidentenamtsminister Gergely Gulyás seinen Zweck der Inflationseindämmung erfüllt habe. Nach aktuellen Prognosen dürfte die Inflation im August deutlich auf 15 Prozent sinken und dieser Trend sich in den kommenden Monaten beschleunigen. Die Regierung hält es daher für realistisch, dass die Inflation bis zum Ende des Jahres und sogar noch vor Dezember im einstelligen Bereich liegen wird. Der Preisstopp wird durch ein bereits angekündigtes Preisüberwachungssystem ersetzt. Gleichzeitig wird der Satz der obligatorischen Rabattaktion von derzeit 10 Prozent auf 15 Prozent angehoben. Außerdem wird die obligatorische Rabattierung auf Produkte ausgedehnt, für die derzeit ein Preisstopp gilt. Hier muss das Produkt 15 Prozent billiger sein als der Bruttolieferantenpreis.

Der Höchstbetrag des Babydarlehens, der derzeit 10 Millionen Forint beträgt, wird auf 11 Millionen Forint erhöht, steht aber ab dem 1. Januar 2024 nur noch Paaren zur Verfügung, deren Partnerin unter 30 Jahre alt ist. Die Regierung wolle die Menschen dazu ermutigen, ihr erstes Kind so früh wie möglich zu bekommen, sagte der zuständige Minister. Ab dem 1. Januar 2024 und für ein Jahr bis zum 1. Januar 2025 werden Frauen zwischen 30 und 40 Jahren allerdings noch weiterhin Anspruch auf den Babykredit haben, allerdings nur, wenn sie nachweisen können, dass sie bereits schwanger sind (bisher galt standardmäßig ein Kulanzzeitraum von bis zu fünf Jahren für den Eintritt der Schwangerschaft).

Das CSOK sei von der jüngsten Inflation besonders hart getroffen worden, da in den letzten Jahren die Immobilienpreise in den Städten, insbesondere in Budapest, viel schneller gestiegen seien als die Inflation. Nach Ansicht der Regierung funktioniert das CSOK jetzt am besten in kleineren Siedlungen, wo das CSOK und das Eigenkapital allein noch ausreichen würden, um eine Immobilie zu kaufen. In den Großstädten werde jedoch noch ein zusätzlicher Kredit benötigt, wobei aber die Kreditzinsen so hoch seien, dass die Kreditaufnahme zurückgegangen sei, weshalb die Zahl der CSOK-Anträge zuletzt deutlich zurückgegangen sei. Der Regierung zufolge sei das CSOK in den Städten keine wirkliche Hilfe mehr und werde nun daher ab dem 1. Januar 2024 auslaufen. Es wird die Aufgabe des Familienministeriums sein müssen, ein neues Unterstützungsprogramm für Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern zu entwickeln. Das Dorf-CSOK werde hingegen beibehalten und seine Beträge sogar noch einmal erhöht. 2.631 solcher ländlichen Siedlungen wurden als förderfähig eingestuft.

Bence Tuzson als Nachfolger Judit Vargas im Amt des Justizministers

Ministerpräsident Viktor Orbán hat am Mittwoch, den 28. Juni, Bence Tuzson zum künftigen Justizminister vorgeschlagen. Die bisherige Amtsinhaberin Judit Varga hatte zuvor ihren geplanten Rücktritt zugunsten einer Spitzenkandidatur auf der Fidesz-KDNP-Liste für das Europaparlament 2024 in einem Zeitungsinterview mit der Magyar Nemzet bekanntgegeben. Tuzson ist Jurist und war bisher Staatssekretär im Ministerpräsidentenamt.

Tuzson reagierte über die sozialen Medien persönlich auf seine Nominierung: „Ich habe vom Ministerpräsidenten die sehr ehrenvolle Aufgabe erhalten, die Arbeit der ungarischen Regierung ab dem 1. August als Justizminister zu unterstützen. Ich werde mein Bestes geben, um der Sicherheit und dem täglichen Leben des ungarischen Volkes in meinem neuen Mandat als Mitglied der Regierung zu dienen“.

Mit der Neubesetzung des Justizministeriums wird es auch zu einer ministeriellen Umstrukturierung kommen, die auch mit der erhöhten Wichtigkeit europäischer Themen im Rahmen der Vorbereitung der ungarischen Ratspräsidentschaft zusammenfällt. So wird es ab dem 1. August ein eigenes Ministerium für Angelegenheiten der Europäischen Union geben, dessen designierter Minister János Bóka sein wird. Der neue Minister wird für die Koordinierung der Vorbereitungen für die Präsidentschaft mit den EU-Verbündeten des Landes und mit den Ministerien innerhalb der Regierung verantwortlich sein. Bóka war bisher Staatssekretär für EU-Angelegenheiten im Justizministerium, welches Amt nun auf Ministerrang aufgewertet wird. Er besitzt langjährige Erfahrung in Brüssel, da er dort bereits seit 2004 für den liberalen SZDSZ-Abgeordneten István Szent-Iványi tätig war und 2009 auch selbst kandidierte.

In der ungarischen Regierung war bis dato als Justizministerin Judit Varga für EU-Angelegenheiten zuständig und arbeitete so eng mit Bóka zusammen. Im Mai nahmen sie gemeinsam an einer Anhörung bei der Europäischen Kommission teil, bei der es um die ungarische Rechtsstaatlichkeit ging. Sollte Varga wie zu erwarten als Spitzenkandidatin nach Brüssel einziehen, dürfte der neue Europaminister weiterhin eng mit ihr kooperieren, umso mehr als Varga ab dem 1. August auch Vorsitzende des Europaausschusses der Ungarischen Nationalversammlung sein wird.

Auch auf das ungarische Verfassungsgericht kommen personelle Änderungen zu. So wird zum 1. September 2023 die zwölfjährige Amtszeit vierer der 15 Verfassungsrichter auslaufen, auf deren Sitze vier neue Kandidaten nachnominiert werden müssen. In Übereinstimmung mit dem Gesetz hörte der zuständige Ausschuss in der letzten Juniwoche die vier neuen Kandidaten an: Mária Haszonicsné Ádám, Zoltán Lomnici Sr., András Patyi und Réka Varga. Die scheidenden Verfassungsrichter Egon Dienes-Oehm, Béla Pokol, Péter Szalay und Mária Szívós waren am 29. Juni 2011 in geheimer Wahl mit Wirkung zum 1. September gewählt worden.

Rückkehr von an Ungarn ausgelieferten Kriegsgefangenen in die Ukraine

Drei Kriegsgefangene kehrten bislang nach ihrer Überstellung aus Russland nach Ungarn in die Ukraine zurück. Sie wurden jüngst von der ukrainischen Botschaft in Budapest zurückgebracht, teilte der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums Oleh Nikolenko mit. Die Kriegsgefangenen waren fast zwei Wochen zuvor über die russisch-orthodoxe Kirche nach Ungarn überstellt worden, was zu Spannungen zwischen Budapest und Kiew führte.

Per Vermittlung der Russisch-Orthodoxen Kirche waren insgesamt elf transkarpatische Kriegsgefangene an Ungarn übergeben worden, hieß es in deren offizieller Erklärung. Kurz darauf hatten die Ukrainer den ungarischen Vertreter ans Telefon gebeten. Nach Angaben von Nikolenko sei die ukrainische Regierung nicht über die Verhandlungen zwischen der ungarischen und der russischen Seite über die Kriegsgefangenen unterrichtet worden, und die Ukraine hätte von der Übergabe der elf Kriegsgefangenen an Ungarn aus Erklärungen des

stellvertretenden ungarischen Ministerpräsidenten, Zsolt Semjén, erfahren. Auf die Spannungen zwischen den Außenministern der beiden Länder reagierend stellte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó richtig: „Elf Menschen wurden dank der Zusammenarbeit zwischen der Russisch-Orthodoxen Kirche und dem Malteser Hilfsdienst aus der Kriegsgefangenschaft befreit. Dies geschah ohne die Beteiligung der ungarischen Regierung.“

Ergebnisse der Budapester Einwohnerversammlung

Die Renovierung der Kettenbrücke, eines der wichtigsten Symbole Budapests, sorgte in den vergangenen Jahren für eine Reihe von politischen Auseinandersetzungen zwischen dem grünen Oberbürgermeister Gergely Karácsony auf der einen und dem Regierungslager und vielen Budapester Bürgern auf der anderen Seite. Im Zuge der Restaurierungsarbeiten wurde die Brücke für den Verkehr Mitte Juni 2021 gesperrt, was für viele Autofahrer, die fortan die Kettenbrücke umfahren mussten, zu unangenehmen Verzögerungen führte. Das erzeugte wiederum hartnäckige Staus entlang der ohnehin stark befahrenen Donauufer. Stimmen in regierungsnahen Medien kritisierten seitdem nicht nur die schleppende Renovierung der Brücke, sondern auch Pläne der hauptstädtischen Stadtverwaltung, die Brücke nach deren voraussichtlicher Instandsetzung im Sommer 2023 weiterhin für den motorisierten Individualverkehr gesperrt zu lassen. Seit die Fahrbahn Ende Dezember 2022 fertiggestellt wurde, verkehren wieder Busse und Taxis auf der Kettenbrücke, jedoch keine Autos. Der Fußgängerbereich wird zuletzt übergeben. Zudem wurde wiederholt über die Finanzierung der Renovierungsarbeiten diskutiert, wobei die Hauptstadt die Regierung beschuldigte, versprochene Mittel zu verwehren. Angesichts der zugespitzten Diskussion rund um die Kettenbrücke entschied Karácsony Ende April die Initiierung der „ersten Budapester Einwohnerversammlung“, welche im selben suggestiven Stil der Nationalen Konsultationen die Meinung der Bürger zu wichtigen öffentlichen Themen messen sollte. Bis zum 18. Juni konnten rund 1,4 Millionen Budapester über 14 Jahre ihre Meinung über die Zukunft der Kettenbrücke in einem Online-Fragebogen kundtun.

Lediglich 136.000 Befragte, also weniger als 10 Prozent der Stimmberechtigten, antworteten letztendlich auf die Konsultation. Von den Befragten sprachen sich 79 Prozent für die Beibehaltung des autofreien Verkehrs auf der renovierten Brücke aus, was Oberbürgermeister Karácsony veranlasste, das derzeitige Verkehrsregime fortzusetzen. In dem Fragebogen wurden auch drei weitere Fragen gestellt, darunter die Frage, wie viel die derzeitige Stadtverwaltung an Steuern und Abgaben an die Regierung zahlen sollte. 91 Prozent der Befragten stimmten für eine Entlastung der Hauptstadt. In einer weiteren Frage zum Haushalt sprachen sich zudem 88 Prozent gegen eine Kürzung der öffentlichen Verkehrsmittel aus. Die vierte Frage bezog sich auf die sechs Milliarden Forint, die für die Renovierung der Kettenbrücke von der ungarischen Regierung versprochen, aber noch nicht überwiesen wurden: 93 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass die Regierung diesen Betrag sofort zahlen sollte. Der Bürgermeister kündigte an, er werde einen Brief und eine Zahlungsaufforderung an das Bauministerium, das Finanzministerium und Ministerpräsident Viktor Orbán schicken.

Regierung wird die eintägige Autobahnvignette einführen

Das Ministerium für Bau und Verkehr (ÉKM) teilte auf Anfrage Mitte Juni die Einführung der eintägigen Autobahnvignette für 2024 mit. Als Termin für die Einführung nannte das Ministerium vorläufig den 25. März 2024, ein Datum, das in der Eurovignetten-Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegt ist. Zum jetzigen Zeitpunkt wurde jedoch weder über den Preis der Tageskarte noch über das genaue Datum ihrer Einführung in Ungarn eine Entscheidung getroffen. Die eintägige Vignette führt im Wesentlichen zu Einnahmeausfällen für die nationalen Mautsysteme, da sie Käufe von einem teureren Mautprodukt auf ein billigeres verlagert, andererseits ist sie für Durchreisende aus dem Ausland attraktiv. Die Eurovignetten-Richtlinie gibt einen Rahmen für die Preisgestaltung der Ein-Tages-Vignette vor. Für Personenkraftwagen ist die wichtigste Regel, dass der Preis 9 Prozent der Jahresvignette nicht überschreiten darf. Derzeit kostet eine Autobahn-Jahreslizenz für PKW 49.190 Forint (rund 130 Euro).

Sebastian Kurz als Hauptredner auf dem MCC Feszt in Esztergom

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz wird auf dem diesjährigen MCC Feszt in Esztergom einen Vortrag halten. Das MCC veranstaltet zwischen dem 27. und 29. Juli 2023 in Esztergom bereits zum dritten Mal, das MCC Feszt, das sich als Bildungsfestival versteht und der Begabtenförderung dienen soll. Im Rahmen des der Öffentlichkeit frei zugänglichen Programms werden interaktive kulturelle Veranstaltungen sowie wissenschaftliche Vorträge und Podiumsdiskussionen an verschiedenen Orten in der Stadt angeboten. Bereits im letzten Jahr konnte das MCC über 32.000 Besucher und über 100 internationale Redner für Vorträge aus unterschiedlichen Fachdisziplinen gewinnen. In diesem Jahr wird **Sebastian Kurz**, ehemaliger Bundeskanzler der Republik Österreich, am **27. Juli um 16.15 Uhr die Hauptrede „The World in 2023: Expecting the Unexpected“** halten. Neben ihm werden unter anderem auch der bekannte US-amerikanische Kommentator Michael Knowles und Vincent Harinam, Revolutionär der Datenwissenschaft und statistischer Berater der Universität Cambridge, auf dem MCC Feszt vertreten sein. Weitere Informationen finden Sie auf der [Homepage des MCC Feszt](#).

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Aktuell: Stellenausschreibung: Projektkoordinator für Forschung

Das Deutsch-Ungarische Institut schreibt ab sofort **eine Stelle als Projektkoordinator für Forschung in Budapest** an interessierte **Akademiker mit fließendem deutschen wie ungarischen Sprachniveau** aus. An unserem Institut bieten wir berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, ein wettbewerbsfähiges Gehalt, ein dynamisches, innovatives Team und langfristige Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Aufgaben umfassen die **Vorbereitung und Durchführung der wichtigsten Projekte und Forschungsaufgaben des Instituts**, weiterhin die Betreuung unserer Gastwissenschaftler. Genaue Details sowie Voraussetzungen zur Stellenausschreibung in ungarischer Sprache finden Sie [hier](#).

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt fortlaufend **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums ausschreibung finden Sie [hier](#).

Vergangene Veranstaltungen

Zwischen dem **5. und dem 12. Juni 2023** besuchte **Dr. Carsten RENTZING** Ungarn auf Einladung des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, wo er als Referent am **MCC Budapest Peace Forum** teilnahm. Rentzing ist Beauftragter der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) zur Stärkung der Kontakte zu den lutherischen Kirchen in Mittel- und Osteuropa und war zuvor Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens (EvLKS). Auf dem Peace Forum diskutierte er gemeinsam mit **Slomó KÖVES**, Hauptrabbi der Vereinigten Israelitischen Gemeinde von Ungarn (EMIH), und **Matthew SCHMITZ**, dem Gründer des Compact Magazine, im Panel **„Religion and Conflict: The Role of Faith in the Ukraine-Russia War“**. Weitere Eindrücke über die Diskussion können Sie unserem [Veranstaltungsbericht](#) entnehmen.

Dr. Bence BAUER, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium, hielt am **14. Juni 2023** im **Bildungszentrum des MCC in Debrecen** einen Vortrag zum Thema **„Deutschland aus erster Hand: Politik, Medien, Gesellschaft“**. In seinem Vortrag beschrieb Bence Bauer die aktuelle

Situation der deutschen Öffentlichkeit und die Themen, die das öffentliche Leben beherrschen, so die Wahlrechtsreform, die grüne Gesellschaftspolitik, oder auch die Migrationspolitik. Mehr dazu erfahren Sie [hier](#).

Dr. Alexander GRAU, deutscher Philosoph und Visiting Fellow am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit hielt am **15. Juni 2023 im MCC-Bildungszentrum in Békéscsaba** einen Vortrag zum Thema „**Woke Kapitalismus – Wie passen gegensätzliche Ideologien zusammen?**“. Grau erläuterte, dass die politische Ideologie über die großen internationalen Banken immensen Druck auf Unternehmen und Konzerne ausübe, damit diese ihre Produkte entsprechend den ideologischen Erwartungen präsentieren. Den dazugehörigen Veranstaltungsbericht finden Sie auf unserer [Homepage](#).



„Ungarn verstehen – Geschichte, Staat, Politik“ – Buchpräsentation am 19. Juni in München

Folgt man der Berichterstattung der deutschen Leitmedien, ist ein Urteil über Ungarn schnell gefällt. Aber handelt es sich bei dem seit 2010 von Viktor Orbán regierten kleinen Land in Mitteleuropa wirklich um eine Autokratie voller Korruption? Ein knappes Jahr lang begab sich **Prof. Dr. Werner J. PATZELT** als Visiting Fellow am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit vor Ort auf Spurensuche. Seine Eindrücke und Forschungsergebnisse verarbeitete er im Rahmen eines umfassenden Buches. Zur erstmaligen deutschsprachigen Präsentation seines neuesten Werkes veranstaltete der **Langen Müller Verlag** in Kooperation mit dem **Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium** eine **Buchvorstellung** mit dem Titel „**Ungarn verstehen – Geschichte, Staat, Politik**“ am **19. Juni 2023 im Medienhaus in München**. Die Veranstaltung wurde von **Michael FLEISSNER**, Geschäftsführer des Langen Müller Verlags, und **Dr. Zoltán SZALAI**, Generaldirektor des MCC, eröffnet, anschließend folgte eine Podiumsdiskussion mit **Prof. Dr. Werner J. PATZELT**, Professor em. für Politische Systeme und Systemvergleich der TU Dresden und Forschungsdirektor des MCC Brüssel, und **Dr. Alexander GRAU**, Autor, Philosoph, Wissenschafts- und Kulturjournalist sowie Visiting Fellow des Deutsch-Ungarischen Institutes. Den detaillierten Veranstaltungsbericht finden Sie auf unserer [Webseite](#). Mehr Informationen zum Buch erhalten Sie auf der den Seiten des [Langen Müller Verlags](#).

Parallel zur Buchpräsentation organisierte das Deutsch-Ungarische Institut eine **Studienreise nach München**, nachdem die vergangenen Fachreisen die MCC-Studenten nach Bonn und Düsseldorf, Stuttgart und Berlin geführt hatten. Ziel dieser Studienreisen ist es,

deutschsprachige und an Deutschland interessierte ungarische Studierende mit der politischen Willensbildung, dem öffentlichen Leben, sowie dem akademischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes vertraut zu machen. Vom **19. bis 23. Juni 2023** hatten unsere Studierenden die Möglichkeit, sich ein umfassendes Bild von Bayern und den bayerisch-ungarischen Beziehungen zu machen. Den von unseren Studenten verfassten Bericht können Sie [hier](#) nachlesen.

In den letzten anderthalb Jahrzehnten herrschten schwierige, krisengeschüttelte Zeiten in Europa. Vor allem der Krieg Russlands gegen die Ukraine, aber auch sich überlappende Krisen wie die Klima- und Energiekrise, die Covid-, Inflations- und Wachstumskrise, die Überschuldungs- und Migrationskrise rühren an den Gewissheiten über die europäische Erfolgsgeschichte. Zu dieser Thematik hielt **Prof. Dr. Ulrike ACKERMANN**, Gründerin und Direktorin des John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung und Mitglied der Denkfabrik R21, am 27. Juni 2023 im Scruton Café am **Mathias Corvinus Collegium (MCC)** einen Vortrag unter dem Titel „**Umstrittene Freiheit in deutschen Debatten**“. Den ausführlichen Veranstaltungsbericht finden Sie auf unserer [Homepage](#).



Freiheitsforscherin Prof. Dr. Ulrike Ackermann während ihres Vortrags im Mathias Corvinus Collegium

Bevorstehende Veranstaltungen

HEUTE

33 Jahre nach der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ist Deutschland nach wie vor gespalten. Die Deutschen auf dem Gebiet der früheren DDR sehen manches anders als die Deutschen auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik. Es gibt in Deutschland sehr gegensätzliche Haltungen, wenn es beispielsweise um die Themen Europa, Migration, Corona und die Ukraine geht. Der renommierte deutsche Meinungsforscher **Hermann BINKERT**, Gründer und geschäftsführender Gesellschafter des Meinungsforschungsinstituts INSA-CONSULERE, erläutert, was Meinungsforschung leisten kann, aber auch warum Meinungsbildung so wichtig ist. Vor diesem Hintergrund veranstaltet das **Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium** gemeinsam mit dem **Nézópont-Institut** eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „**Deutschland – ein gespaltenes Land?**“. Die Veranstaltung findet **heute um 17.00 Uhr** im **Scruton MCC** (Tas vezér utca 3-7, 1113 Budapest) statt. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

NEUE AUSGABEN – FAKTENWISSEN UNGARN

Ohne einen Zugang zur Sprache kann es eine echte Herausforderung sein, verlässliche Fakten über Ungarn zu finden. Daher stellen wir im Rahmen unserer Forschungsreihe „**Faktenwissen Ungarn**“ Hintergrundinformationen über verschiedene Themen zur Verfügung, die für das bessere Verständnis des Landes wichtig sind. Aus aktuellem Anlass haben wir unsere neueste Forschung über das **Entwicklungsprogramm der Ungarischen Streitkräfte** durchgeführt. Den Faktenwissenaufsatz aus der Feder unseres Forschungsleiters **Péter DOBROWIECKI** können Sie hier [herunterladen](#). Zudem hat unser Forscher **Alexander RASTHOFER** die wichtigsten Eckpfeiler der ungarischen Sozialpolitik im Faktenwissen-Dossier „**Sozialpolitik in Ungarn**“ zusammengefasst. Dieses können Sie [hier](#) finden.

In den kommenden Wochen folgen unsere Faktenwissen-Aufsätze „Beschäftigungspolitik in Ungarn“ sowie „Steuerpolitik in Ungarn“. Behalten Sie hierfür unsere Website unter der Rubrik [„Faktenwissen Ungarn“](#) im Auge.

„**Die Selbstbehauptung Ungarns in einem Europa der Selbstaufgabe**“ lautet der Titel des neuesten Artikels von **Prof. Dr. Heinz THEISEN**, Professor für Politikwissenschaft an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen in Köln und ehemaliger Visiting Fellow am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit, der in seinem Beitrag ein eindrückliches Plädoyer für ein Europa der Nationen entwirft. Zum Artikel, der bei **Tichys Einblick** veröffentlicht wurde, gelangen Sie unter diesem [Link](#).

Bence BAUER, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, schreibt in seinem Artikel „**Ungarns Position im Ukraine-Krieg**“ über die höhere Friedensaffinität durch stärkere Betroffenheit: „Ungarn ist als direktes Nachbarland der Ukraine direkt von den Folgen des Krieges betroffen. Die unmittelbare geographische Nähe sensibilisiert die Ungarn sehr, sie denken und fühlen mit, und erinnern sich noch sehr gut an die Zeit der Jugoslawienkriege.“ – so Bauer. Die Analyse finden Sie in der [Budapester Zeitung](#).

Ungarn ist mannigfaltiger, als es auf den ersten Blick erscheint. Es steckt voller Schismen und innerer Spannungen. Nicht zuletzt der Papstbesuch zeigte dies wieder einmal deutlich. **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, berichtet in seinem tagesaktuellen [Artikel in der Budapester Zeitung](#) von einem Land der Individualisten und Freiheitskämpfer und den vielfältigen und traditionsreichen Brüchen und Trennlinien, die dieses Land bewegen. Dabei liefert er Deutungsmuster für die manchmal etwas robust oder merkwürdig anmutenden ungarischen öffentlichen Debatten und Handlungsmaxime der Politik.

Besuchstipp

Baden in der Budapester Donau? Das galt lange Zeit nicht nur als dreckiger Spaß, sondern wegen der Strömungen auch als gefährlich. Deshalb war das Schwimmen im Fluss innerhalb des großstädtischen Raumes jahrelang verboten. Innerhalb der vergangenen Jahre hat sich jedoch etwas getan – nicht nur hat sich die Wasserqualität merklich verbessert, auch konnten zwei neue Orte geschaffen werden, an denen ziemlich sorgenlos gebadet werden kann. Während an den anderen Ufern der Donau das Baden weiterhin untersagt ist, laden seit 2021 der Sho-Strand im Südwesten der Stadt und seit 2022 der kultige Római-Strand im Norden zum

Planschen ein. Eine erwägenswerte Alternative zu den weiter entfernten Seen sind diese Strände allemal.



Der Római-Part im III. Budapester Bezirk (Quelle: csodalatosmagyarorszag.hu)

Mit der vorliegenden Ausgabe des Monatsbriefes Ungarn verabschieden wir uns in eine einmonatige **Sommerpause**. Die reguläre monatliche Ausgabe unseres Newsletters wird Sie ab September wieder an jedem ersten Mittwoch des Monats erreichen.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Alexander Rasthofer, Martin Josef Böhm

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu